Blickpunkte

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **65 (1985)**

Heft 6

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Abbau von Klischees um die Jugend

In letzter Zeit haben die Kultur- und Gesellschaftskritiker vom Dienst immer wieder «Aha»-Erlebnisse, wenn es um die Jugend geht. So war in den vergangenen Monaten in Expertenberichten und Tagungsreferaten in der Schweiz wie im Ausland auffallend häufig davon die Rede, dass die jungen Leute heutzutage kein so schlechtes Verhältnis zur Arbeit und damit zur vielgeschmähten Leistungsgesellschaft hätten, wie dies während nunmehr bald zwanzig Jahren von Soziologen und Psychologen fast permanent diagnostiziert worden war.

Damit bestätigt sich, was viele Lehrmeister und andere Praktiker im täglichen Umgang mit der Jugend in Abweichung von der wissenschaftlichen Lehrmeinung schon seit vielen Jahren immer wieder erfahren haben. Zum Teil handelt es sich zweifellos um einen realen Klimawandel. Übermässige Ausschläge im «Zeitgeist», wie sie im Gefolge der «68er Bewegung» in weiten Teilen des gesellschaftlichen Selbstverständnisses festzustellen waren, haben sich seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wieder eingependelt oder sind gar durch eher konservative Tendenzen ersetzt worden.

Dazu kommen im Zusammenhang mit dem Verhältnis zur Arbeitswelt selbstverständlich auch die psychologischen Auswirkungen der Rezession zum Tragen. Solange Vollbeschäftigung und stetig steigendes Einkommen eine Selbstverständlichkeit waren, war auch die Versuchung grösser, sich den Sirenentönen von neomarxistischen Gesellschaftsideologien hinzugeben.

Diese «Sirenentöne» wären im übrigen eine genauere massenpsychologische Untersuchung wert. Zweifellos war es den einschlägigen Sozialwissenschaftern und ihren journalistischen Jüngern Ende der sechziger und anfangs der siebziger Jahre gelungen, eine Reihe von Sprachregelungen gesellschaftskritischer Art in die Alltagssprache einsickern zu lassen. Der «eindimensionale Mensch» wurde zur zentralen Chiffre für die Charakterisierung einer Gesellschaft, die – einmal mehr – einer Umwertung aller Werte unterzogen werden sollte. Es entstand ein Jargon, der möglicherweise von vielen, die ihn übernahmen, gar nicht «so gemeint» war. Zu diesem Schluss sind jedenfalls inzwischen deutsche Sprachwissenschafter gekommen. Es wurde mit andern Worten eine terminologische Indoktrination der Gesellschaft durchexerziert, die zwar gewisse Tendenzen ansprach – sonst hätte sie gar nicht Fuss fassen können –, die aber doch nicht eigentlich kongruent mit der wirklichen Stimmungslage war.

Wie dem auch sei: Das alles hat sich inzwischen wieder geändert. Die junge Generation scheint wieder vermehrt zu begreifen, dass die egalitäre Gesellschaft nicht nur Nivellierung der An-

sprüche und Chancen bedeutet, sondern auch ein gutes Stück Solidarität und Verpflichtung zu Leistung und Eigenverantwortung mit einschliesst. Das schlägt sich übrigens auch in einer jüngst durchgeführten Umfrage zum Thema «Friedensabkommen», das heisst zum Sytem der sozialpartnerschaftlichen Problemlösung in der Arbeitswelt nieder: 69 Prozent der 15- bis 34jährigen beurteilen den Arbeitsfrieden als positiv. Sie liegen damit nur um 3 Prozent unter dem Mittel der Gesamtbevölkerung, wobei die Kurven allein innert Jahresfrist deutlich nach oben zeigen.

Dieses Beispiel eines Auf- und Abbaus von Klischees in der öffentlichen Meinung zeigt, dass die Möglichkeiten der «Sprachregulierung» in unserer «informierten Gesellschaft» zwar beträchtlich sind, dass sie aber auch ihre Grenzen haben. Es muss uns aber auch in der Haltung bestärken, vermeintlich sozialwissenschaftlich untermauerte «Trends» nicht ohne weiteres zum Nennwert zu nehmen. Unsere Gesellschaft ist nach wie vor viel zu gesund und zu entwicklungsfähig, als dass sie sich den «Sachzwängen» ergeben würde, die man ihr immer wieder einzureden versucht.

Richard Reich

Entzauberte Expertenkommissionen

Wenn es in der Eidgenossenschaft ein wirtschaftliches Problem zu lösen gilt, so wird, wie in andern Ländern auch, vorerst einmal eine Expertenkommission auf die Beine gestellt. Vom Expertenstatus, den bisher noch niemand so genau zu definieren vermochte, geht im allgemeinen ein besonderer Klang aus: tiefe Sachkenntnis, dies vor allem, Objektivität sodann, wenn Fragen mit einem primär positivistischen Charakter zur Debatte stehen – bei normativen Fragen steht die Objektivität bekanntlich auf verlorenem Posten –, ein geschärfter Blick weiter für Details, in denen bekanntlich der Teufel sitzt, sowie ein übersensitives Gefühl für Gesamtzusammenhänge. Andere Umschreibungen hängen dem Experten noch weitere Qualifikationen an. Kein Wunder, dass er in seiner idealtypischen Ausprägung ganz leicht an die Profile eines Übermenschen, eines Universalgenies heranreicht. Und kein Wunder deshalb auch, dass die Mitglieder von Expertenkommissionen in nur eher seltenen Fällen dem Bild dieser Idealfigur nahekommen.

Kommt dazu, dass die eidgenössische Praxis bei der Selektion von Experten diese Musterknabenfigur gar nicht erst anstrebt. Sie gewährt nämlich auch Leuten in den Expertenkommissionen Einsitz, die im strengen Sinne des Wortes keinen auch nur angenäherten Expertenstatus aufweisen, sondern schlicht und einfach zufolge ihrer beruflichen oder politischen Stellung als *Interessenvertreter* zu verstehen sind. Das ist selbstverständlich nicht notwendigerweise kritisch zu apostrophieren, sondern unter Umständen durchaus legitim. Nur muss man sich dann eben bewusst sein, was das in bezug auf die *Ergebnisse,* die

eine solche Kommission zu erarbeiten vermag, bedeutet. Eigentlich müssten solche Kommissionen ein anderes Etikett bekommen, weil sie nicht mehr allein um die Fixierung eines Expertenstandpunktes ringen, sondern bereits auch schon *politisch* gewertet wird. Sie nehmen eine Aufgabe in Angriff, die nach den Regeln der wirtschaftspolitischen Willensbildung dem Parlament vorbehalten sein sollte. Das, was als Expertenstandpunkt affichiert wird, hat bei Lichte betrachtet schon eine betont politische Einfärbung.

Es gibt in diesem Spiel auch Fälle, bei denen der wirkliche Experte im Abseits steht. Der Bundesrat sieht beispielsweise vor, im Rahmen der *Innovationsrisikogarantie* eine Expertenkommission ins Leben zu rufen, die den Staat, konkret: das Bundesamt für Konjunkturfragen, bei der Abklärung der Marktrelevanz von Einzelprojekten, die es zur Begutachtung vorgelegt erhält, zu unterstützen hat. Die Annahme wäre wohl etwas kühn, dieses Bundesamt verfüge über einen Sachverstand, der den ganzen Innovationsbereich abdecken würde – ein subtiler Hinweis darauf, dass der Staat *nicht* über bessere Informationen verfügt als etwa die Wirtschaft; also hat eine Expertenkommission diesen Informationsgap zu füllen. Eine solche Kommission soll aus versierten Fachleuten der Wirtschaft zusammengesetzt sein: einem erprobten Leiter der Forschungsabteilung einer renommierten Maschinenfabrik vielleicht, einem hochgezüchteten Elektroniker oder Informatiker, einem forschungsgewandten Chemiker – in jedem Falle Leute, die irgendwie und irgendwo mit «High-Tech» in Berührung kommen und die auf ihrem Gebiet Ausserordentliches aufzuweisen haben.

Was macht jedoch ein Informatiker, wenn ihm ein Projekt aus einem Spezialgebiet der Biochemie vorgelegt wird? In diesem Falle müsste er eigentlich, wenn ihn das Gewissen der intellektuellen Redlichkeit packt, in den Ausstand treten. Andere Experten sehen sich in die gleiche peinliche Lage versetzt. Übrig bleiben jene Spezialisten, die von Biotechnologie wirklich etwas verstehen. Und weil auch sie aus der Wirtschaft kommen, dürften sie sich vermutlich im Konkurrenzfeld jenes Innovators tummeln, der um die Bundesgarantie nachsucht. Sie haben durch die Mitgliedschaft in einer solchen Kommission eine formidable Gelegenheit, an *Konkurrenz-Informationen* heranzukommen, die Informationen heranzukommen, die auf anderem Wege kaum zu beschaffen wären. Darin liegt ein starker Anreiz, in solchen Kommissionen Einsitz zu bekommen. Ein Vertreter einer bereits existierenden Institution dieser Art hat dies in einem Anfall von rückhaltloser Ehrlichkeit denn auch eingestanden. Informationen darüber, was in der Branche läuft, sind auf diese Weise relativ einfach zu beschaffen. Die Expertenkommissionen degenerieren zu einer Quelle der Informationsbeschaffung. Wer darauf vertraut, dass Expertenkommissionen nur schon deshalb, weil sie diesen Namen tragen, keine Eigeninteressen hätten, strapaziert den Tatbestand der *Naivität* in unzulässiger Weise. Der Bundesrat scheint sich dieser Illusion noch immer hinzugeben.

Willy Linder

Runde Zahlen, verquere Feiern

Vierzig Jahre nach einem Sieg, zehn Jahre nach einer Niederlage – man muss die Feste feiern, wie sie fallen. Der Zweite Weltkrieg begann mit dem Hitler-Stalin-Pakt und endete, nachdem die Sowjetunion durch den deutschen Angriffskrieg ins Bündnis der Demokratien gedrängt wurde, mit der sowjetischen Bewahrung all dessen, was die deutsch-sowjetische Aufteilung Stalin zugeschanzt hatte, und mit vielem an Landnahme dazu. Die Unabhängigkeit Polens war der Prüfstein – und sie ging nicht in Yalta, sondern schon vorher verloren. Die Amerikaner warfen zum zweiten Mal ihre Macht in die Waagschale, doch diesmal gab es nicht wie 1919 eine Rückkehr zum Isolationismus. Es war kein Kreuzzug aus moralistischen Gründen gegen ein «Reich des Bösen» gewesen, sondern eine Reaktion auf Hitlers unbegrenzte territoriale Übergriffe. Die Repression, die grausamen Verfolgungen im Innern des Dritten Reichs hätten niemals eine amerikanische Teilnahme am Krieg veranlasst; es war ausschliesslich die kontinentale Hegemonie. Übrigens hat Japan den Krieg begonnen und Deutschland den USA den Krieg erklärt. Mochte Präsident Roosevelt von der Unausweichlichkeit der Teilnahme überzeugt sein, es waren die Gegner, die den schlummernden Riesen weckten.

Auch die Nachkriegsspannungen zwischen den USA und der Sowjetunion hatten nichts mit einem «Reich des Bösen» zu tun – im Gegenteil genoss «Onkel Joe» (Stalin) in Amerika den besten Ruf, bei den Grossbürgern mehr als bei den Gewerkschaften (vgl. den Bericht über sie von Hans E. Tütsch). Es waren die Übergriffe eines territorial saturierten, weit expandierenden Reiches, die die Amerikaner wiederum auf den Plan riefen, die Gebietsansprüche, die von Moskau an Iran und die Türkei gerichtet wurden, die Versuche, sich Westberlins zu bemächtigen, der nordkoreanische Angriff. Wiederum ging es nicht um die Natur eines Regimes, sondern um die Ausdehnung einer Grossmacht, die – wenngleich vorsichtiger – ebensowenig Grenzen des Ehrgeizes erkennen liess. Wenn sich zu den realen Motiven eines verschobenen Gewichts nachträglich ein Messianismus, eine ideologische Überzeugung gesellte, eine Entscheidung zwischen Gut und Böse – Arthur Koestler nannte es aber den Kampf «zwischen der halben Wahrheit und der ganzen Lüge» –, so muss erinnert werden, dass es nicht um Tyrannei und Repression ging, sondern um Expansion.

Der unerklärte Krieg in Vietnam, um den Süden gegen den Vietkong zu stützen, schien dem Krieg in Korea zu entsprechen; das ganze liberale «Establishment» stand hinter der amerikanischen Intervention. Es ging wiederum um das Eingrenzen einer Expansion. Südkorea blieb aber den Krieg hindurch unter der gleichen straff autoritären Führung von Syngman Rhee. In Vietnam spielten die Amerikaner Innenpolitik und liessen die Beseitigung Diems geschehen (um nicht mehr zu sagen), sie nahmen die Kriegshandlungen völlig unter ihre

Regie, und sie raubten Südvietnam jede Chance einer nationalen Verteidigung. Die Amerikaner hatten nur technologische und quantitative Perspektiven, «body count» und «chemische Entlaubung», deren ökologische Folgen noch andauern. Man muss die Aktionen des englischen Generals Temple in Malaysien studieren, um sich zu überzeugen, dass auch gegen eine Guerilla anders und erfolgreicher gekämpft werden kann. Dass die Amerikaner, die vor zehn Jahren aus Saigon in Panik flüchteten, nicht eigentlich «geschlagen» wurden, wird heute von manchen behauptet. Ho Tschi Minhs Truppen seien erst einmarschiert, nachdem die Amerikaner sich zurückgezogen hätten, heisst es, oder: es war nicht Amerika, sondern nur ein Verbündeter, der geschlagen wurde.

Nach der Schlacht von Königgrätz, die Preussens Vormacht gegenüber dem Habsburger Reich erwies, sagte der österreichische General Benedek: «*Ich kann nichts dafür. Daran sind die Preussen schuld.*» Doch haben die amerikanischen Fernsehteams jetzt den Siegern gehuldigt – und obgleich Laos und Kambodscha fielen, wird gesagt, dass die «Dominotheorie» nicht gestimmt habe. Ein mindestens vorschnelles Urteil ...

Das gleiche amerikanische Fernsehen, das dem neuen Vietnam huldigte, versuchte die Bundesrepublik zum Hassobjekt zu machen. Die Gräber der SS in Bitburg wurden von solchen Teams mit Blumen geschmückt, die dann gefilmt wurden, um zu zeigen, wie die Deutschen dem «SS-Staat» nachtrauern. Das Verhältnis zwischen Politik und Medien gereicht den letzteren nicht zur Ehre, das ist hervorzuheben, denn die «Medien» fühlen sich als Richter, sehen die Politiker als Angeklagte. Wenn aber die Medien die moralischen Wächter sein wollen, stellt sich die Frage: «*Quis custodiet ipsos custodes?*» Wer wacht über die Wächter?

Die Bundesrepublik ist der wichtigste europäische Partner in der NATO, die Befürchtungen derer, die mit dem Ruf «Ohne mich!» eine Wiederbewaffnung Deutscher als Gefahr eines neuen Militarismus denunziert hatten, wurden in keiner Weise bestätigt. Zwischen den einstigen Verbündeten USA und Sowjetunion bleiben einige Verbindungen: die Vier-Mächte-Bewachung des ältesten und teuersten Häftlings aller Zeiten: Hess in Spandau, und die Feiern des gemeinsamen Sieges.

Da die Bonner Regierung die Landung in der Normandie nicht mitfeiern durfte, sollte den Deutschen zu Anlass von Präsident Reagans Aufenthalt eine Kompensation geboten werden. Ein anderer Grund für Feierlichkeiten nach vierzig Jahren, die diesmal die Partnerschaft hochspielen sollten, war nicht vorhanden. Das musste nicht ganz so schief gehen, wie es dann kam – aber sinnvoll konnte es nicht werden.

Die Italiener haben kämpfend an ihrer Befreiung teilgenommen und selber ihre Bedrücker gerichtet, viele hingerichtet. Sie haben damit zu einem Teil ihre Demokratie mitbegründet, die Deutschen die ihre nicht in diesem Sinn. Das ist keine Wertung, nur eine Feststellung. Die Bundesrepublik hat danach schwierigste Probleme bewältigt, Millionen Flüchtlinge resorbiert und alle pessimistischen Voraussagen Lügen gestraft. Aber einen Résistance-

Mythos hatte sie trotz der Attentate und der Opfer nicht. Trotz der bewundernswerten Leistung bleibt ein gewisses emotionelles Defizit.

Reagans Berater haben diese Komplexitäten nicht begriffen und wurden vom deutschen Bundeskanzler nicht gut beraten. Oh, diese täppischen, unwissenden Amerikaner! Die Europäer haben sie um Paktschlüsse gebeten, und viele tun jetzt, als hätten sie einen kulturlosen «Zwingherrn» gefunden. Erst gaben sie die Anstösse, nun nehmen sie Anstoss.

Vietnam, Europa – runde Daten können Anlässe der Besinnung sein, zu Feiern geben sie wenig Grund. Zumal die Medien – besonders die amerikanischen – in solchen Feiern ihre eigene Macht und Manipulation zelebrieren. Was da Andacht spielt, ist nur Ruhestörung.

François Bondy

EINE BITTE AN UNSERE LESER

Wir sind froh, wenn Sie bei Gelegenheit mithelfen, die Monatshefte zu fördern, indem Sie unsere Zeitschrift empfehlen oder gar ein Abonnement schenken. Der Beschenkte wird die überraschende Geste zu schätzen wissen. Und so ernten Sie als Spender gleich zweimal Dank – vom neuen Leser und von uns. Je höher unsere Auflage, desto mehr Mittel stehen unserer Redaktion zur Verfügung für ihre anspruchsvolle Aufgabe. Benützen Sie die beiliegende Karte.

Wen mit den Monatsheften beschenken? Sie schenken ein Abonnement Ihrem Mitarbeiter für den neuen Kunden, den er brachte, Ihrem Freund für seinen hilfreichen Rat, Ihrem Zahnarzt für die schonende Behandlung, Ihrem Widersacher zum Zeichen der Aussöhnung, Ihrem Gastgeber statt der vergessenen Blumen.

SCHWEIZER MONATSHEFTE